Nr. 88. Sonnabend, 15. April 1899

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4. XVIII. Jahrgang

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. rc. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co., Emil Kreidner. Inseratenpr. für 1 spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Die Bekämpfung der Socialdemokratie durch die Conservativen.

Wie die Conservativen es mit dem von ihnen so oft und so feierlich verkündeten „Kampfe gegen die Socialdemokratie bis aufs Messer" halten, davon giebt die Reichstagsersatzwahl im zweiten Berliner Wahlkreise einen schlagenden Beweis. Für jeden der Verhältnisse Kundigen war es zweifellos, daß den bürgerlichen Parteien dieser Wahlkreis erhalten bleiben würde, wenn dieselben sich sämmtlich bei der Wahl eifrig betheiligten. Was ist nun thatsächlich geschehen? Die Socialdemokraten haben, trotz ihrer enormen Anstrengung, über 2000 Stimmen weniger aufgebracht, als bei der Hauptwahl vom vorigen Jahre und über 4000 Stimmen weniger, als bei der Stichwahl. Gleichwohl haben sie mit 24 319 Stimmen bereits im ersten Wahlgange gesiegt, obgleich der Candidat der freisinnigen Volkspartei, der Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Kreitling, fast 1000 Stimmen mehr erhielt, als bei der Hauptwahl von 1898. Der Grund des Sieges der Socialdemokratie liegt — das sei hiermit nochmals constatirt und wird auch vom größten Theil der Presse so aufgefaßt — darin, daß der Candidat der Conservativen zwischen 5000 und 6000 Stimmen weniger erhielt, als bei der Hauptwahl vom vorigen Jahre. Diesen Sieg, welcher der Socialdemokratie den 57. Sitz im Reichstage gebracht hat, verdankt dieselbe lediglich den Conservativen. Die Haltung der Presse dieser Partei in den letzten Tagen ließ auch, wie wir gestern schon gesehen haben, keinen Zweifel darüber, daß die Conservativen die Dinge laufen lassen würden. Selbst das Organ der schutzzöllnerischen Industriellen, die „Berl. N. Nachr.", hatte jüngst eine solche Haltung eingenommen. In Uebereinstimmung damit fügt das Blatt der Mittheilung des Wahlresultates Folgendes hinzu:

„Es ist durchaus nicht zu verwundern, daß nach den Erfahrungen bei der 1898er Wahl und dem seitherigen Verhalten der freisinnigen Volkspartei, die mit dem Abgeordneten Eugen Richter an der Spitze den neuerdings durch das deutsche Volk gehenden frischen nationalen Zug erst recht bekämpft und verhöhnt hat, daß nach allem ein Theil der nationalen Wähler nicht nochmals die hohe Entsagung und den Gewissenszwang über sich gebracht hat, dem Candidaten dieser Partei schließlich ihre Stimme zu geben, wenn er in die Stichwahl gekommen wäre, sondern gleichmüthig die Dinge gehen ließ. Der conservative Candidat hatte von vornherein zu wenig Aussichten, in die Stichwahl zu gelangen, und so war auf dieser Seite die Wahlbetheiligung eine viel geringere als 1898."

Das sind nichts als leere Redensarten. Herr Kreitling wäre unbedingt mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl gekommen, wenn auch nur der fünfte Theil der Conservativen, die sich an der Ersatzwahl nicht betheiligt haben, ihr Stimmrecht ausgeübt hätten. Wahlenthaltung ist in diesen wie in allen ähnlichen Fällen gleichbedeutend mit einer directen Unterstützung der Socialdemokratie. Die Herren Conservativen würden gut thun, wenn sie nicht wieder, wie mehrere conservative Abgeordnete es im Reichstage gethan, feierlich erklärten, daß ihre Partei unter allen Umständen und in erster Reihe die Socialdemokraten bekämpfe. Man wird in Zukunft die Berliner Reichstagsersatzwahl vom 11. April den Herren entgegenhalten können, um ihnen zu beweisen, daß solche feierliche Erklärungen nichts zu bedeuten haben.

Die Samoa-Interpellation.

Die gemeldete Interpellation über Samoa ist dem Reichstage Donnerstag Nachmittag in nachstehender abgeänderter Form zugegangen:

Ist der Reichskanzler bereit, über die Vorgänge vor und auf Samoa sowie über die von der Regierung getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen Auskunft zu geben?

Die Interpellation trägt an der Spitze die Unterschriften der Abgg. Lehr, Levetzow, Rickert, Schädler, Schmidt-Elberfeld, v. Arnim und ist von Abgeordneten aller Parteien, ausgenommen den Socialdemokraten, unterzeichnet.

Es ist aus der Interpellation eine einfache Anfrage geworden, welche von Vertretern aller Parteien, die Socialdemokraten ausgenommen, unterzeichnet ist. Die in der ursprünglichen Fassung befindlichen Worte „die deutschen Interessen schwer schädigenden" (i. e. Ereignisse in Samoa) sind gestrichen. Zu hoffen ist, daß die Verhandlungen auch heute so verlaufen werden, daß ein Nutzen daraus für das Reich erwächst. Fällt Herrn v. Bülows Antwort, wie man annehmen kann, befriedigend aus, so wäre es am besten, wenn eine Besprechung der Interpellation garnicht stattfände, denn niemand kann ein Interesse daran haben, daß die Gegensätze in den Auffassungen, wie sie in der Presse zum Ausdruck gekommen und in einigen Kundgebungen des „Alldeutschen Verbandes" laut geworden sind, in der Volksvertretung vor aller Welt erörtert werden.

Jedenfalls kann nur immer von neuem die Mahnung wiederholt werden: Ruhig Blut! Jetzt mitten in den Verhandlungen und wo man noch gar nicht weiß, was die Regierung beschlossen hat, die Regierung anzugreifen, wie es „alldeutsche" und agrarische Preßorgane thun, ist ein frivoles Spiel, das nur dem Auslande Nutzen und Freude bereiten kann.

„Es wird dabei" — äußert sich mit gerechter Entrüstung die „Köln. Ztg." über dieses Treiben — „in unverantwortlichster Weise mit Vergleichen aus der Bismarck'schen Zeit gearbeitet und die Bismarck'sche Politik in einen Gegensatz zu der jetzt befolgten gestellt, der die letztere im In- und Auslande nur herabsetzen kann. Wollte man den Ausführungen dieser Blätter glauben, so hätte Fürst Bismarck nie eine andere Stellung eingenommen, als die eines herausfordernden und bramarbasirenden Fechters, der jederzeit und bei jedem Anlaß bereit gewesen wäre, mit den Fäusten dreinzuschlagen. Man scheint dabei gänzlich zu verkennen, welchen schlechten Dienst man damit dem Andenken des Fürsten Bismarck leistet, ganz abgesehen davon, daß man sich von der historischen Wahrheit in bedenklichster Weise entfernt. Wohl hatte Fürst Bismarck eine eiserne Faust, die oft dreingeschlagen hat, aber bevor er das that, erwog er jedesmal sehr reiflich, ob die Eisenhand oder der weiche Sammethandschuh am Platze sei. So schroff der Fürst sein konnte, so nachgiebig war er auch, wenn er auf diese Weise den Interessen des Landes besser dienen zu können meinte. Leicht wäre es, in dieser Beziehung schlagende Beispiele anzuführen, vom Schnäbelefalle bis zu den Carolinen. Wie dem aber auch sei mit der Bismarck'schen Politik, sicher ist es unter allen Umständen, daß man heute noch kein Recht hat, der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten den Vorwurf zu machen, daß sie die Interessen Deutschlands vernachlässigt habe."

*

Die Tribünen des Reichstages waren am Freitag überfüllt. Abg. Lehr (nat.-lib.) begründete die Samoa-Interpellation. Die Vorgänge auf Samoa hätten große Erregung hervorgerufen. Daß es soweit gekommen, komme daher, daß man unter Bismarck die Mittel zu einer friedlichen Herstellung der deutschen Herrschaft auf Samoa verweigert habe. Man müsse das Vorgehen Englands und Amerikas mit der Ablehnung wirthschaftlicher Zugeständnisse beantworten. Wenn man die Vermehrung der Flotte früher vorgenommen hätte, würde man sich jetzt diese schwere Erfahrungen erspart haben.

Staatssecretär v. Bülow erklärt, in seiner amtlichen und verantwortlichen Stellung könne er nicht Dinge sagen, die eine friedliche Beilegung der Schwierigkeiten in Frage stellen könnten. Wir halten an der Samoa-Acte fest, so lange nicht dieselbe durch einstimmigen Beschluß der drei Mächte modificirt ist. Wir achten andere Rechte, verlangen aber daß auch unbedingte Achtung der deutschen Rechte und eine loyale Befolgung der Samoaacte nach Buchstaben und Gedanken. Die Berichte über die letzten Vorgänge sind lückenhaft. Ein abschließendes Urtheil ist noch nicht möglich. Einen Conflict mit dem „Falke" halte ich und Tirpitz für ausgeschlossen. Dem verhafteten deutschen Pflanzer wird kein Leid geschehen, wenn er unschuldig ist, wie wir hoffen. Wir haben eine Specialcommission verlangt und Einstimmigkeit der Beschlüsse durchgesetzt. Wir werden nur unser Recht verlangen, das aber durchzusetzen, ist nationale Ehrensache. Dieses Recht wird sich die Regierung nicht verkürzen lassen. (Allseitiger Beifall.)

Abg. Richter (freis. Volksp.) hält nach diesen Erklärungen Bülows eine Besprechung der Interpellation nicht für angebracht, protestirt aber dagegen, daß Abg. Lehr die Interpellation mit dem Chauvinismus des alldeutschen Verbandes begründet habe.

Abg. Lieber äußert sich ähnlich, ebenso Abg. Rickert, welcher bemerkte, daß er die Interpellation nicht unterschrieben hätte, wenn er gewußt hätte, in welcher Art sie begründet werden würde. Die Abgg. Arnim (Reichsp.), v. Levetzow (cons.), Graf Bismarck und Liebknecht (Soc.) halten eine Besprechung gleichfalls nicht für angebracht. Es wurde deshalb von einer solchen Abstand genommen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13. April.

Im Abgeordnetenhause begannen heute die Verhandlungen über die Rhein-Elbe-Kanalvorlage, die mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen werden, sind doch nicht weniger als 67 Redner, und zwar 36 gegen und 31 für gemeldet.

Mit einer einstündigen Rede leitete Minister Thielen die Debatte ein. Nur die Ausführung des Gesammtprojects sichere dem Kanal die Bedeutung einer Landesmelioration im eminentesten Sinne, wie seine Bedeutung für die Landesvertheidigung. Dem Plane kommen physisch geographische Voraussetzungen zu statten, wie sie gleich günstig sich nirgends in der Welt wieder vorfinden dürften; dazu komme die Bereitwilligkeit der Interessenten, Beiträge in ungewöhnlicher Höhe zu leisten. Der Voranschlag sei so vorsichtig aufgestellt, daß eine Kostenüberschreitung ausgeschlossen scheine. Die endgiltige Festsetzung der Kanalgebühren werde nicht erfolgen, ohne daß alle betheiligten Wirthschaftskreise gehört wären; jedenfalls dürfe man erwarten, daß nicht nur die Betriebs- und Unterhaltungskosten ihre Deckung finden, sondern daß auch die Verzinsung und allmähliche Amortisation des Anlagekapitals herauskommen werde. Die Staatsregierung sei der einmüthigen Ueberzeugung, daß die Ausführung dieses Kanalprojects die nothwendige Consequenz und Ergänzung des Staatsbahnsystems und für das ganze Land von Vortheil sei.

Namens der überwiegenden Mehrheit der Conservativen bekämpfte Abg. Graf Kanitz die Vorlage mit den bekannten agrarischen Argumenten; er bestritt, daß die östliche Landwirthschaft von dem Kanal Nutzen haben würde, indem er berechnete, daß das Getreide aus den Ostprovinzen trotz des Kanals theurer nach dem deutschen Westen gelangen werde, als aus Amerika, und er erwartet eine indirecte Schädigung der Landwirthschaft von der Begünstigung der Industrie, die, durch den Kanal in ihrem Aufschwung befördert, noch mehr Arbeitskräfte an sich ziehen würde.

Nachdem Abg. Schmieding als Vertreter des westfälischen Industriebezirks im Auftrage der nationalliberalen Fraction für die Vorlage eingetreten war, vertagte sich das Haus auf morgen.

Reichstag.

Berlin, 13. April.

Der Reichstag überwies heute die Postgesetznovelle, nachdem noch die Abgg. Fischbeck (freis. Volksp.), Rintelen (Centr.), Oertel (cons.), Dasbach (Centr.) und Werner (Antis.) das Wort ergriffen hatten, an eine Commission und trat sodann in die Berathung der Fernsprechgebührenordnung ein, jedoch wurde nach Reden des Staatssecretärs v. Podbielski und des Abg. Singer (Soc.) Vertagung beschlossen. Ersterer theilte mit, daß vom 15. Mai ab in Berlin hundert Fernsprechautomaten aufgestellt werden würden, durch die man für 10 Pfennig werde telephoniren können. Es sei beabsichtigt, auch in anderen Großstädten damit vorzugehen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. April.

Weitere Nachrichten über die Samoa-Krisis.

Auch die neuesten eingegangenen amtlichen Meldungen berichten nichts von Differenzen zwischen den Schiffscommandanten vor Samoa. Von einer Verstärkung der deutschen Flottenmacht vor Samoa durch ostasiatische Kreuzer, von welcher einige Blätter meldeten, ist gleichfalls an maßgebender Stelle nichts bekannt.

Ein Vertheidiger.

Criminalroman von Dietrich Theben.

23) [Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

„Herr, das ist ja Wahnsinn!" schrie Bendring. „Frau Herlet — — ha ha ha! Sie sprechen im Fieber, Sie gehören ins Krankenhaus!"

„Ueberlassen Sie mir, wohin ich gehöre."

„Frau Herlet —! Herrgott, und die ist — — gegen die ist ein — ein Haftbefehl —? Unmöglich! Das darf unmöglich sein."

„Sie werden es nicht mehr hindern können."

Wilden verzog keine Miene.

„Das ist ja ein unverzeihlicher, ein ungeheuerlicher Mißgriff", betonte Bendring heiser. „Ich, ich bürge für die schmählich Beschuldigte — ich, der ich sie kenne! — Ah! und ich selbst, ich selbst habe Ihnen den falschen Weg zeigen müssen! Herr —! — verbunden habe ich mich Ihnen gefühlt im gleichen Streben; eine Freundlichkeit habe ich Ihnen erweisen wollen, als Sie zu mir kamen mit der Miene des ehrlichen Berathers — und Sie haben gehorcht, Sie haben geheuchelt! Ah! die Erkenntniß ist bitter!"

„Mein Beruf entschuldigt die Winkelzüge und Härten, die er fordert!"

„Nein!" bestritt der Anwalt, hochgradig erregt. „Keine Winkelzüge, keinen Hinterhalt, keine Härte. — Ihr Beruf fordert nichts als das Allereinfachste: Gerechtigkeit! Und Ihre Mannesehre mir, dem Manne, gegenüber: Gradheit! Ich habe mehr als den Beamten in Ihnen gesehen, den theilnehmenden Mithelfer, den ich werth hielt und dem ich persönlich werth zu sein glaubte — die Enttäuschung ist hart!"

„Deuten Sie meine Besuche nach Belieben, Herr Rechtsanwalt. Aber vergessen Sie nicht, daß ich zu dem ersten kraft meines Amtes das Recht, zu dem heutigen keine — Verpflichtung hatte. Ich habe die Ehre!"

Er empfahl sich gereizt.

Bendring eilte auf den Flur.

„Einen Wagen!" schrie er der erschreckten Haushälterin zu.

Zehntes Kapitel.

Als Bendring in der Wohnung der Frau Herlet anlangte, erkannte er an der bestürzten Miene des ihm öffnenden Mädchens, daß er bereits zu spät kam. Er verlor keine Zeit mit unnützen Fragen, kehrte um und beorderte die wartende Droschke nach dem Gebäude der Criminalpolizei.

Er überlegte unterwegs, daß er keine Macht gehabt haben würde, die Verhaftung zu verhindern, daß er aber das Opfer des beklagenswerthen Irrthums hätte vorbereiten und zu ruhiger Fassung mahnen können. Auch auf der Criminalpolizei konnte er seine Aufgabe nicht darin sehen, die Verhaftung rückgängig zu machen, sondern lediglich darin, der Verhafteten möglichste Schonung zu erwirken. So weit dies aber geschehen konnte, wollte er seinen Einfluß mit Wärme geltend machen.

Der Dirigent der Criminalpolizei, Geheimer Regierungsrath v. Wüllchau, war ihm persönlich bekannt. Er ließ sich bei ihm melden und wurde sofort vorgelassen.

„Herr Rechtsanwalt, was verschafft mir die Ehre?"

Der Beamte war aufgestanden und ihm höflich entgegengetreten.

„Eine dringende Frage, Herr Geheimrath! Ist aus Kiel ein Haftbefehl gegen Frau Rose Herlet, Bellevuestraße, eingegangen und vollstreckt worden?"

„Ja, Herr Doctor. Der Befehl ist von gestern datirt. Er lief heute in den ersten Stunden des Vormittags ein, und die Frau Herlet wurde, als sie von einer Ausfahrt nach Hause kam, in ihres Wohnung von einem Beamten erwartet und abgeführt."

„Schändlich!" brauste Bendring auf. „Verzeihen Sie, Herr Geheimrath, es ist ja selbstverständlich, daß Ihre Behörde nichts zu thun hatte, als der ergangenen Anweisung nachzukommen. Aber es scheint mir — ich kenne die schmählich Beschuldigte — gar kein Zweifel möglich, daß die Dame nichts als das Opfer eines unseligen Irrthums geworden ist. Sie ist verhaftet wegen Mordverdachts, nicht wahr?"

„Allerdings."

„Der Mord soll begangen sein an meiner Braut! Sie werden sich ja vielleicht entsinnen, daß meine arme Verlobte am Plöner See meuchlings erschossen wurde —"

Der Geheimrath nickte zustimmend.

„Der Thäter soll diese Frau Herlet sein! Ich gebe meiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Justiz einen groben Fehlgriff gethan, daß sie total vorbeigegriffen hat, und ich bedaure, daß sich keine Möglichkeit bietet, sofort Remedur eintreten zu lassen. Als meine Pflicht habe ich aber erachtet, zu Ihnen zu eilen, Herr Geheimrath, und Sie zu bitten: lassen Sie äußerste Milde walten, ordnen Sie die peinlichste Rücksichtnahme gegen die Verhaftete an!"

Geheimrath v. Wüllchau setzte sich und wies auch für den Besucher auf einen Stuhl.

„Hm. Also ein ungewöhnlicher Fall", bemerkte er nachdenklich. „Ich kenne Sie zu lange, Herr Rechtsanwalt, als daß ich in Ihre Ueberzeugung einen Zweifel setzen sollte, und ich darf Sie bitten, sich versichert zu halten, daß ich gern dazu beitragen werde, Ihren Wunsch zu erfüllen. Allerdings ist meine Macht beschränkt, da ja sehr bald die Ueberführung der Verhafteten an das zuständige Gericht, also nach Kiel erfolgen wird und meine Befehle dann nicht mehr fruchten."

„Ich weiß, ich weiß! Dennoch — sie können hier eingreifen, und wenn es nur für Stunden wäre. Ich werde einen für alle Fälle ausreichenden Betrag für die Dame einzahlen, und zwar sofort, damit sie sich die erlaubten Erleichterungen in der Haft verschaffen und bei der Ueberführung im gesonderten Coupé reisen kann. Frau Herlet eine Mörderin! Sie würden selbst den Gedanken als absurd und nichtswürdig zurückweisen, wenn Sie die Dame kennen gelernt hätten wie ich — nein, nicht doch — wenn Sie ihr nur begegnet wären, wenn Sie nur ein einziges Mal ihre stolze Art hätten sehen und vorurtheilslos auf sich wirken lassen können. Es ist meine Hoffnung, daß der Beamte, der sich dieses Meisterstück einer irrigen Verfolgung geleistet hat, bald abgeführt werden wird, und es soll mir eine freudige Genugthuung sein, daran an meinem Theile mitzuwirken. . . ."

Der Geheimrath wurde um eine Nuance zurückhaltender.

„Ich würde bedauern, Herr Rechtsanwalt, wenn Ihre Stimmung eine Richtung gegen den Beamten nehmen sollte, der in Erfüllung seines Berufes handelte."

„Haben Sie meine Verstimmung herausgehört? Es wird mir in der That schwer, mich in die Handlungen dieses Herrn zu finden. Aber ich habe mich darüber wohl vorzeitig und am unrechten Orte ausgelassen; entschuldigen Sie das mit meiner Ueberzeugung, daß der Beamte einer Unschuldigen eine schwere Kränkung zugefügt hat — die schwerste, die es giebt!"

„Der Beruf des Criminalbeamten ist nicht leicht, Herr Doctor."

„Nein, gewiß nicht. Aber je schwerer er ist, um so mehr sollten sich die Herren auch gegenwärtig halten, welche Verantwortung sie mit der Beschuldigung eines Menschen auf sich laden, an dem bis dahin kein Makel war."

Der Anwalt erhob sich, faßte den Geheimrath fest ins Auge und sagte kurz: „Ich wiederhole meine Bitte um Milde für die Verhaftete."

Er verbeugte sich und ging.

In der Nähe des „Prälaten" wurde er von einem Collegen angerufen. Er folgte ihm in das bekannte Restaurant, nahm ein frugales Mittagsmahl zu sich und eilte nach dem Bureau.

Im Wartezimmer harrte eine Reihe von Personen.

Der Bureauvorsteher überbrachte eine Karte.

„Der Herr ist zuletzt gekommen, will aber Eile haben und nicht warten können."

Der Anwalt liebte das Vordrängen nicht.

Er las die Karte.

„Ludolf Schirmer."

Nichts weiter. Keine Adresse.

„Was wünscht er?" fragte Bendring stirnrunzelnd.

„Er will sich nicht auslassen, sondern Sie persönlich sprechen."

„Schirmer — Ludolf Schirmer —?" murmelte Bendring nachdenkend. „Hm . . . Ist der Mann nicht in den Wucherprozeß Schubaschin verwickelt? Spielt da eine recht saubere Rolle, wenn ich mich recht entsinne. Lassen Sie ihn eintreten — der wird vermuthlich nicht lange aufhalten . . ." (Forts. folgt.)

London, 13. April. Reuters Bureau schreibt: Der Ausbruch der Feindseligkeiten auf Samoa wird als geeignet erachtet, die bereits entstandenen ernsten Verwicklungen noch schwieriger zu gestalten. Es ist unmöglich, eine endgiltige Meinung über die neuerliche Entwicklung der Angelegenheit auszudrücken, es dürfte aber offenkundig erscheinen, daß das übereilte aggressive Vorgehen des deutschen Generalconsuls Rose, mag er auch technische Gründe für seine Rolle, die er zu Gunsten der deutschen Politik spielt, gehabt haben, eine Ursache mit für den neuen Ausbruch der Feindseligkeiten gewesen, welcher die Bemühungen, einen freundschaftlichen Stand der Dinge auf den Inseln herzustellen, sehr erschweren muß. Es war die offenbare Pflicht der drei Consuln, die Entscheidung des obersten Gerichts betreffend die Einsetzung Tanus für die provisorische Regierung Mataafas aufrecht zu erhalten. Das Vorgehen Roses, als er seine Gegenproclamation erließ, welche die Rebellen unterstützte, konnte nur ein unheilvolles Resultat haben, wie es sich in dem Gefecht gezeigt hat. Es ist unmöglich, mit einiger Sicherheit vorauszusagen, wie die Dinge sich entwickeln werden, aber man hält es für hoch an der Zeit, daß die Commission ihre Arbeiten beginnt, um Ordnung in die beklagenswerthen Zustände zu bringen.

Die **Londoner Blätter** betonen zwar den großen Ernst der jüngsten Ereignisse auf Samoa, rathen aber zur Ruhe und erklären, daß es nöthig sei, die Regelung der Verhältnisse auf Samoa den drei Mächten und ihren Commissaren zu überlassen. Die „Times“ meint, der jüngste Zwischenfall habe keine directe Beziehung zu den Fragen, die jetzt von den drei Mächten berathen werden, und könne in keiner Weise deren diplomatisches Vorgehen beeinflussen. Betreffs der unter der Beschuldigung der Aufreizung der Eingeborenen erfolgten **Verhaftung** eines deutschen **Pflanzers** erklärt dasselbe Blatt, bis zum Eingang beglaubigter Berichte weigere es sich zu glauben, daß ein Bürger einer befreundeten Nation ein solches Verbrechen hätte begehen können. Die „**Daily News**“ sagt, daß die internationale Commission zur Regelung der Samoa-Angelegenheit schnell ernannt werden möge, damit ähnliche Vorfälle vermieden würden. „**Daily Telegraph**“ führt aus, seit dem Unabhängigkeitskriege sei es das erste Mal, daß englische und amerikanische Seeleute und Soldaten Seite an Seite im Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind gefallen seien. Die englische und die amerikanische Regierung könnten einen Throncandidaten nicht anerkennen, welcher für den Tod ihrer Offiziere und für die Verstümmelung ihrer Leichen verantwortlich sei. Der „**Standard**“ erklärt, die Hauptsache sei jetzt nicht, einen Sündenbock zu finden, sondern Ordnung zu schaffen.

London, 13. April. Hiesige Blätter lassen sich aus **Washington** und **Newyork** telegraphiren, daß angeblich in Amerika alle Schuld auf die Deutschen geschoben werde, die, so heißt es, durch ihre hartnäckige Widerspenstigkeit gegen die vereinigten Engländer und Amerikaner das Beispiel zu Aufständen und Meutereien gegeben hätten. Immerhin wird auch dort diese unsinnige Auffassung nicht von allen getheilt. Eine Minorität des amerikanischen Publikums hält das Auftreten des Admirals Kautz für ungerechtfertigt und die Haltung der Regierung ihm gegenüber für falsch. Diese soll nach einer der „Morning Post“ zugehenden Depesche die Entsendung weiterer Streitkräfte nach Apia beabsichtigen. Auch die „Times“ läßt sich aus Newyork von einer angeblich wachsenden Erbitterung gegen Deutschland in Folge der letzten Nachrichten telegraphiren. Einige Congreßmitglieder verlangten Krieg mit Deutschland, allgemein aber werde die sofortige Abberufung des Consuls Rose als zur Wiederherstellung der Ordnung auf Samoa für unbedingt nothwendig bezeichnet.

Wie tendenziös diese amerikanischen Meldungen englischer Blätter sind, erhellt aus folgenden ganz anders klingenden Meldungen aus der Union:

Newyork, 12. April. Einer Meldung aus Washington zufolge dürfte England, wenn nöthig, auf Anerbieten Neuseelands ein **Regiment nach** Apia senden. Trotzdem glaubt das Cabinet in Washington, daß **keine Veranlassung zu einer so erregten Stimmung** vorliege. Die deutsche Regierung habe sich während des spanisch-amerikanischen Krieges den Unionstaaten nicht unfreundlich gezeigt. Es habe sich nichts ereignet, was officiell zu Klagen Anlaß geben konnte. Daher seien die Unionstaaten nicht geneigt, im voraus anzunehmen, daß Deutschland allein für die Wirren auf Samoa verantwortlich sei. Die Abendblätter geben noch kein Urtheil über die Vorfälle auf Samoa ab und beschränken sich auf den Abdruck der Londoner Berichte.

Der deutsche Botschafter **v. Holleben** theilt mit, daß er zwar gegen die Vertreibung der provisorischen Regierung und die Krönung Tanus protestirt, dagegen **keine Beschwerde über eine angebliche Beleidigung der deutschen Flagge** erhoben habe, weil alle bisherigen Berichte darüber als **Unwahrheiten** erschienen.

London, 13. April. In einer Unterredung mit dem Vertreter der Associeted Preß in London sagte der amerikanische Botschafter **Choate** bezüglich der gegen die Deutschen auf Samoa erhobenen Anklage auf Verrath, daß er in den aus Samoa eingetroffenen Nachrichten **keine Bestätigung für die Behauptung finde, daß Deutschland in den neuesten Vorfall verwickelt sei.** Das Blutvergießen sollte die drei Mächte veranlassen, die definitive Verständigung zu beschleunigen.

Washington, 13. April. Der Marinesecretär Long erklärte, die Vereinigten Staaten seien auf Samoa hinreichend vertreten, falls nicht weitere wichtige Ereignisse einträten. Admiral Kautz verlangte **keine Verstärkungen**. Außer Leutnant Hughes, welcher den getödteten Marineoffizier ersetzt, seien nur drei Offiziere beordert, sich mit dem nächsten Postdampfer nach Samoa zu begeben.

An neuerem Nachrichtenmaterial ging uns heute Folgendes zu:

London, 14. April. Die neuesten Meldungen aus Washington bestätigen, daß die Unionsregierung **keinerlei Verstärkungen** ihrer Streitkräfte nach Samoa zu entsenden gedenke.

Washington, 14. April. Der zum Mitgliede der Samoa-Commission bestimmte erste Secretär der hiesigen deutschen Botschaft, Freiherr **Speck v. Sternburg**, ist am Sonntag nach Berlin abgereist, um dort die Instructionen der Reichsregierung entgegenzunehmen.

Washington, 14. April. Der englische und der deutsche Botschafter erhielten gestern lange **Depeschen** ihrer Regierungen.

Aus diesen Telegrammen ergiebt sich, daß allseitig auf eine baldige und endgiltige Regelung hingearbeitet wird und die Glättung der Situation anhält. Auch in dem Umstande, daß als angeblicher Anstifter des Ueberfalls auf die englisch-amerikanischen Truppen der Geschäftsführer einer deutschen Plantage verhaftet ist, braucht man keinerlei Verschärfung des Zwischenfalls zu erblicken. **Zunächst steht noch durchaus nicht fest,** ob der Mann (vermuthlich ein Deutscher) irgend wie der ihm zur Last gelegten That schuldig ist. Ist das der Fall, so wird er seiner Bestrafung nicht entgehen. Auch die „Köln. Ztg.“ bemerkt sehr richtig: „Aber das brauchen wir nicht erst besonders zu betonen, daß wir, wenn ihm eine Schuld nachgewiesen werden sollte, nicht anstehen werden, die Verhaftung zu billigen und die Bestrafung des Mannes zu fordern. Wir werden nicht das Verhalten eines Deutschen, der sich im Auslande vergangen hat, vertheidigen lediglich deshalb, weil er ein Deutscher ist.“ Uebrigens muß man sich erinnern, daß gerade in dieser kleinen Nebenfrage ein Präcedenzfall vorliegt. Die Samoaner, welche im Dezember 1888 die deutsche Abtheilung bei Vailele überfielen, standen unter der Anführung eines Amerikaners.

Admiral Kautz hat inzwischen wohl einsehen müssen, daß er die Verkehrtheit des Oberrichters Chambers durch sein Bombardement noch verschlimmert, in seinem Sinne aber nichts erreicht hat. Er hat zwar die Hütten der Eingeborenen beschossen, aber bei deren Werthlosigkeit und bei der Leichtigkeit, sich aus Stämmen und Palmenblättern neue zu bauen, konnte er keinen großen Eindruck auf sie machen. Höchstens mag er etliche hundert Cocospalmen zerstört haben; in jenem Lande ein zu verschmerzender Verlust. Die Eingeborenen haben sich in die schwer zugänglichen Dickichte zurückgezogen und anscheinend von dort einen Guerillakrieg unterhalten. Bei dem Versuche, diesem mit durchgreifenden Mitteln ein Ende zu machen, ist dann bedauerlicherweise die Abtheilung in den Hinterhalt gerathen. Im weiteren hat sich ein allgemeines Plündern entwickelt. Beide Parteien, die Mataafaleute und die Tanuleute, sind über das schutzlose Eigenthum der Europäer in Apia hergefallen. In der That: die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände hätte gar nicht ärgerlicher illustrirt werden können.

Die Schließung des Obergerichts durch den Vorsitzenden des Gemeinderaths, den Deutschen Raffel, spielt in der Entwicklungsgeschichte der Wirren eine hervorragende Rolle. Die „Köln. Ztg.“ giebt nunmehr die Haltung des Herrn Raffel preis, und zwar auf Grund der eigenen Darstellung des Herrn Karl Marquardt, eines Vertrauten des Herrn Raffel. Das Blatt, das vermuthlich die Ansichten des Auswärtigen Amtes widerspiegelt, führt aus: Die drei Consuln waren in keiner Weise von ihren Regierungen ermächtigt, das durch die Samoa-Acte eingesetzte Obergericht außer Kraft zu setzen oder gar zu schließen. Herr Dr. Raffel verließ also den Rechtsboden, als er die Schließung des Obergerichts aussprach. Es wäre ein Fehler, das nicht anerkennen zu wollen. In gleicher Weise darf aber erwartet werden, daß auch die beiden anderen Regierungen die mehrfachen Verletzungen der Samoa-Acte seitens ihrer Consuln und Offiziere zugestehen und wieder gutmachen. Das gilt namentlich auch für die eigenmächtige einseitige Beschießung der samoanischen Dörfer durch die Kriegsschiffe der Engländer und Amerikaner.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. April. Ein Comité, dem der frühere Minister v. Berlepsch, die Abgeordneten Hitze und Rösicke, Professor Schmoller, Herr v. Rottenburg, Professor Wagner u. a. angehören, hatte an den socialdemokratischen Abgeordneten Molkenbuhr und andere **Socialdemokraten** eine Einladung zur Theilnahme an der Conferenz gesandt, die sich mit der Gründung einer **internationalen Gesellschaft** für den Fortschritt der **Arbeiterschutzgesetzgebung** beschäftigen soll. Die socialdemokratische Fraction hat nun beschlossen, daß die Socialdemokraten an der Conferenz **nicht Theil nehmen, die Einladung also abgelehnt** werden soll.

— Der verstorbene Ludwig **Bamberger** hat in seinem **Testament** dem Berliner Asyl für Obdachlose 20 000 Mk. vermacht.

— Der „Deutschen Tagesztg.“ zufolge wurde der Chefredacteur der „Nationallib. Corresp.“, Dr. **Mohr**, wegen Beleidigung der Mitglieder des engeren Vorstandes des **Bundes der Landwirthe** in der Thomasmehl-Angelegenheit zu 150 Mk. Geldstrafe und zwei Vorstandsmitglieder des Bundes wegen Beleidigung **Mohrs zu 20 Mk.** Geldstrafe verurtheilt.

— Das „**Marineverordnungsblatt**“ veröffentlicht heute eine **Cabinetsordre**, wonach die Bestimmungen über **militärische Hilfscommandos** bei öffentlichen Nothständen auch für die Marine sinngemäß Anwendung finden, ferner eine Cabinetsordre, wonach unlautere Angebote gewerbsmäßiger **Geldleiher** an Offiziere ohne Verzug den Vorgesetzten zu melden sind.

— Nach der „Volksztg.“ hatte der geschäftsführende Ausschuß des **Landesvereins preußischer Volksschullehrer** in Sachen des **Lehrer-Relictengesetzes Audienzen** bei den Ministern **v. Miquel** und **Bosse**. Schröder und Helmke baten darum, daß aus den Beständen der bestehenden Bezirks-Lehrerwittwenkassen die Pensionserhöhungen für Wittwen gewährt würden. Die beiden Minister erläuterten, daß angesichts der Schwierigkeiten, die dem Gesetzentwurf in der Commission gemacht seien, das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet erscheine. v. Miquel erklärte mit Bezug darauf, daß im Falle des Scheiterns für die nächste Session ein anderer Entwurf vorgelegt werden würde.

— Unter der Ueberschrift: „Thaten nicht bloß Worte für Samoa“ fordert die freiconservative „**Post**“ den **Reichstag** auf, der Regierung alsbald den vollen Betrag der nach dem Flottengesetz in bestimmten Jahresraten zu verwendenden Kosten für die **Durchführung des Flottenplanes** zur Verfügung zu stellen, damit der Ausbau unserer Flotte so beschleunigt werden kann, wie dies die Leistungsfähigkeit der deutschen **Werften** nur irgend gestattet.

* **[Zur Berliner Reichstags-Nachwahl]** schreiben die „Brl. N. N.“: „Die Handwerker und Gewerbetreibenden, die im Südwesten des zweiten Kreises dominiren und sonst conservativ wählten, haben sich vielfach von der Wahl ferngehalten, nachdem ihrem Verlangen nach einem Candidaten aus dem Mittelstande nicht Rechnung getragen worden war. Ebenso haben die antisemitischen Elemente mit wenigen Ausnahmen Stimmenthaltung geübt. Die conservative Parteileitung beabsichtigt, wie man hört, eine **Reform der Berliner Bürgervereine** durchzuführen, um sich vor ähnlichen Mißerfolgen in Zukunft zu sichern.“

* **[In der Commission für die „lex Heinze“] wurde** am Donnerstag der von der Regierung vorgeschlagene **§ 181 b** des Strafgesetzbuchs in folgender nach den Anträgen Letocha (Centr.) und Henning (cons.) abgeänderten Fassung angenommen: „Die Vorschriften der §§ 180 und 181 a finden keine Anwendung auf die Vermiethung von Wohnungen an Frauenspersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, sofern der Miethszins und die Vergütung für sonstige Leistungen das Maß des Gemeinüblichen nicht überschreiten, oder eine gewohnheitsmäßige Vorschubleistung damit verbunden ist.“

* **[Arbeitszeit der Bäcker.] Auf der General**versammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen in München, welche am 10. d. Mts. begann, theilte Kretschmar-Hamburg mit, der Hauptvorstand habe aus einer den verbündeten Regierungen nahestehenden Quelle mit Sicherheit erfahren, daß man sich im Bundesrathe mit der Absicht trage, an Stelle der täglich zwölfstündigen Maximalarbeitszeit eine wöchentliche 84stündige Arbeitszeit zu setzen. Der Referent griff diesen Plan scharf an, da er die Verhältnisse der Arbeiter verschlechtern werde.

* **[Zum Coblenzer Duell]** erfährt die „Frankf. Ztg.“, daß der Kaiser den Commandeur des 68. Regiments zu sich entboten hat, um sich über den Fall berichten zu lassen. Das Blatt will ferner erfahren haben, daß nicht der beleidigte Leutnant Döring das Duell ausgefochten habe, sondern der Leutnant Koepke vom 68. Infanterieregiment. Döring habe von Kloevekorn bei dem Streite derartige Verletzungen erlitten, daß der Ehrenrath ihn für kampfunfähig erklärte. Koepke habe sich freiwillig gemeldet. — Das klingt ganz und gar unglaublich und eine Aufklärung wird nicht ausbleiben.

* **[In dem Disciplinarverfahren wider den Gemeindevorsteher Schultze zu Nahmitz]** verhandelte Dienstag der Disciplinarsenat des **Oberverwaltungsgerichts** abermals in nicht öffentlicher Sitzung. Der Angeschuldigte hatte, wie erinnerlich, an die nicht unbekannte Agitatorin Frau Palm vom 1. Juli 1896 an eine Wohnung in seinem Hause vermiethet, das sich nicht in seinem Amtsbezirk befand. Der Landrath v. Stülpnagel forderte kurz darauf den Gemeindevorsteher Schultze auf, die Palm, die als socialdemokratische Agitatorin bekannt sei, binnen drei Tagen aus seinem Hause zu entfernen. Als Schultze es ablehnte, der Aufforderung des Landraths nachzukommen, weil er nach dem Miethsvertrage kein Recht habe, die Frau sofort aus der Wohnung zu entfernen, veranlaßte der Landrath gegen Schultze das Disciplinarverfahren mit dem Ziele, den Angeschuldigten aus seinem Amte zu entfernen. Der Kreisausschuß entschied auch auf Entlassung aus dem Amte. Dieses Urtheil griff der Angeschuldigte durch Berufung beim Oberverwaltungsgericht an und war in beiden Terminen im Beistande des Justizraths Albert Träger erschienen. Nachdem noch im ersten Termin Beweiserhebung beschlossen worden war, die angeblich ungünstig für den Angeschuldigten ausfiel, bestätigte jetzt der Disciplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Chefpräsidenten Persius die Vorentscheidung und entschied **mithin gleichfalls zu Ungunsten des Angeschuldigten.**

* **[Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.]** Am 15. und 16. Mai findet in Stuttgart die 8. Conferenz der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen statt, in der 1. über „die Fürsorge für das Säuglingsalter“ und 2. über „die Erleichterung der Beschaffung der Geldmittel für die gemeinnützige Bauthätigkeit“ verhandelt werden soll. Die einleitenden Referate, die den Conferenztheilnehmern vorher gedruckt zugestellt werden, haben übernommen zum ersten Thema die Herren Obermedizinalrath Dr. Hauser-Karlsruhe und Dr. med. Taube-Leipzig, zum zweiten die Herren Landesrath Brandts-Düsseldorf und Oberbürgermeister Beck-Mannheim. Anmeldungen zur Theilnahme an der Conferenz sind an das Bureau der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Berlin W., Köthenerstraße 23, zu richten. Im Anschluß an die Conferenz wird eine Sitzung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande stattfinden, über die nähere Mittheilungen noch ergehen werden.

Breslau, 13. April. Von den in den mechanischen Webereien in **Reichenbach in Schlesien** beschäftigten 1607 **Webern**, Spulern etc. haben bis heute früh 835 die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die übrigen 772 fordern für den Fall des Wiederantritts der Arbeit Straferlaß. **Die Fabrikbesitzer wollen sich auf keine Verhandlungen mehr einlassen.**

Dresden, 13. April. Aus Anlaß der **50jährigen Gedenkfeier der Erstürmung der Düppeler Höhen** brachten über 700 Veteranen dem König in Villa Strehlen eine Huldigung dar, wobei dem Monarchen eine Stammrolle überreicht wurde, in welcher die Namen aller noch lebenden Kämpfer der damaligen Zeit eingetragen sind. Nach einem Hoch auf den König bewegten sich die Veteranen nach dem nahegelegenen Hotel Duttler in Strehlen, woselbst auf allerhöchsten Befehl ihnen ein Frühstück gegeben wurde. Kurze Zeit darauf erschien der König ebendaselbst und verweilte einige Zeit unter den Veteranen, denen der König vor dem Abschied mit den Worten: „Auf das **Wohl meiner alten Kriegskameraden!**“ zutrank.

Frankreich.

Paris, 13. April. Das „Echo de Paris“ will wissen, daß die von dem **Cassationshofe** fast einstimmig als nothwendig anerkannte **ergänzende Untersuchung** noch vor Ablauf dieses Monats stattfinde.

Paris, 14. April. Aus der heute vom „Figaro“ veröffentlichten **Aussage Boisdeffres** in der Dreyfussache ist hervorzuheben, daß derselbe auf die Frage nach der Vorlegung der Geheimacten im Dreyfus-Prozeß die Aussage verweigerte.

Paris, 14. April. Dem „Temps“ zufolge richtete Oberst **Picquart** neuerdings an den Kriegsminister und den Präsidenten Mazeau ein **Schreiben**, in welchem er ersucht, mit General Roget confrontirt zu werden. Picquart wünscht ferner Mittheilung über die Aussagen, über welche er vernommen werden könnte, zu erhalten, um sich zu vertheidigen oder die Wahrheit feststellen zu können. Dieser Wunsch ist ihm versagt worden. Dem „Temps“ wird bestätigt, daß sich **Hauptmann Freystätter** an den Marineminister gewandt habe, um seine Bedenken bezüglich der Verurtheilung im Jahre 1894 darzulegen. Der Marineminister habe das **Schreiben Freystätters** dem **Kriegsminister** übergeben.

* **[Zur Affaire Dreyfus]** schreibt **man** dem „Berl. Tagebl.“: „Die Erklärungen des Hauptmanns Freystätter, wonach Dreyfus verurtheilt wurde, weil er den Russen die Pläne der Befestigungen von Nizza mitgetheilt habe, bestätigen die Auffassung der Sache, wie sie seit Beginn der Dreyfus-Affaire in maßgebenden Berliner Kreisen geherrscht hat. Danach hätte Dreyfus sich eifrig bemüht, zur Hebung seiner Stellung in Paris anwesende russische Offiziere in seinen Salon zu ziehen. Auf diesen Verkehr habe sich eine Warnung bezogen, die dem französischen Generalstab angeblich von diplomatischer Seite zugegangen sei und die vielleicht das geheime Schriftstück bildet, das dem Kriegsgericht über Dreyfus vorgelegt war, und dessen Geheimniß mit solcher Hartnäckigkeit gehütet wird. Diese Version ist dem Einsender namentlich auch durch einen höheren russischen Offizier bestätigt worden, der mit leitenden Diplomaten in Paris in Fühlung stand.“

England.

London, 14. April. Das Bureau Dalziel meldet aus Schanghai: Bei dem neulichen Conflicte mit den Deutschen in Südschantung sind 15 Chinesen erschossen worden.

Rußland.

Petersburg, 12. April. Der Skorbut nimmt in den **Nothstandsgebieten** große Verbreitung an. Fast der ganze Kreis Stawropol sowie der nördliche Kreis Samara sind ergriffen, kaum ein Dorf ist verschont. Rothe Kreuz-Lazarethe sind nach Möglichkeit errichtet, ebenso sind Anstalten zur künstlichen Verpflegung der Brustkinder getroffen, da die abgezehrten kranken Mütter sie unmöglich selbst stillen können. Das Comité des dort arbeitenden Rothen Kreuzes ist durch Ueberanstrengung buchstäblich erschöpft, besonders die Speiseanstalten erfordern große physische Anstrengung. Da nur ein verhältnißmäßig kleines Personal zur Verfügung steht, hat der Bischof von Samara bereits Nonnen aus dem dortigen Kloster zur Hilfe abgeschickt. Im Samaraschen Gouvernement sind 147 Dörfer vom Skorbut ergriffen, auch kommen aus dem Kasanschen beunruhigende Nachrichten. Das Sanitätspersonal des Rothen Kreuzes erfordert dringend Verstärkung, so daß zu den vorhandenen 14 Aerzten, 52 Studenten, 22 Feldscherern und 176 barmherzigen Schwestern weitere 10 Aerzte und 30 Schwestern treten können.

Moskau, 14. April. Der kaiserliche Flügeladjutant General Manzey wurde von einem Diener meuchlings überfallen und mit Messerstichen am Halse verwundet, doch nicht lebensgefährlich.

Belgien.

Brüssel, 14. April. In Folge der verweigerten Lohnerhöhung sind 3000 Bergarbeiter im Lütticher Becken ausständig.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 14. April.

Wetteraussichten für Sonnabend, 15. April,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Wolkig. Temperatur wenig verändert. Strichweise Regen. Starker Wind. Sturmwarnung.

* **[Nachtfrost.]** Nachdem uns der April neuerdings mit einigen mäßig warmen Tagen und für die Vegetation recht günstigem Wetter beschenkt hatte, sank in letzter Nacht das Quecksilber bis auf 2° R. unter Null, so daß wir heute Morgen nicht nur den Anblick einer weißen Reifdecke auf Fluren und Dächern hatten, sondern auch hie und da wieder frisches Eis zu sehen bekamen. Die junge Vegetation hat diesen Rückfall in die rauhen Märzlaunen aufs neue manchen Tribut entrichten müssen.

* **[Stadtverordneten-Versammlung.]** In einer wieder 3½stündigen Sitzung führte gestern Nachmittag die hiesige Stadtverordneten-Versammlung die am Dienstag abgebrochene Etatsberathung fort und erledigte den Rest der damaligen bezw. der vorwöchigen Tagesordnung mit der ersten Lesung und vorläufigen Festsetzung folgender Special-Etats pro 1899/1900:

1 **Schul-Etat.** Der Etatsentwurf schließt ab in Ausgabe mit 1 354 800 Mk. (gegen das Vorjahr mehr 227 300 Mk.), in Einnahme mit 454 400 Mk. (gegen das Vorjahr mehr 169 650 Mk.), erfordert also an Zuschuß 900 400 Mk., gegen das Vorjahr mehr 57 650 Mk. Auf die einzelnen Anstalten und Zweige der Schulverwaltung vertheilen sich die Ansätze — mit Hinweglassung der Pfennigbeträge — wie folgt:

	Einnahme Mk.	Ausgabe Mk.
Gymnasium	53 331	124 505
Realschule zu St. Petri	63 375	120 494
Realgymnasium zu St. Johann	30 650	99 043
Victoriaschule	47 662	79 626
Mittelschule der Rechtstadt	10 920	27 460
Mittelschule zu St. Katharinen	11 730	25 483
Elementarschulen	224 574	756 247
Taubstummenschule	3 750	9 716
Fortbildungs- etc. Schulen	8 050	24 100
Turnwesen	10	17 635
Schulen im Territorium	316	2 431
Gemeinschaftliches	30	68 057

Nach kurzen erläuternden Bemerkungen des Referenten, Stadtv. Keruth, theilt zunächst Schulrath Dr. Damus mit, daß der mit Ende der Osterferien hier eingeführte **Reformschulunterricht** unter erfreulich günstigen Auspicien begonnen habe. Die neu eingerichtete Reformklasse sei beim städtischen Gymnasium mit 37, beim Realgymnasium zu St. Johann mit 40 Schülern besetzt. — Stadtv. Dr. Giese fragt an, ob mit der Erhebung der Petrischule zu einer Ober-Realschule nicht der Zeitpunkt gekommen sei, das an dieser Anstalt bestehende geringere Schulgeld auf denselben Satz zu erhöhen, der bei den anderen höheren Schulanstalten mit fast gleichem Unterrichtsgange erhoben werde. — Schulrath Dr. Damus entgegnet, die Schulgelder an den städtischen Anstalten seien erst vor wenigen Jahren nach den bei der staatlichen Unterrichtsverwaltung bestehenden Grundsätzen neu normirt und es würde nicht billig sein, bei der Petrischule, deren Umwandlung jetzt erst begonnen sei, davon schon abzuweichen. Man müsse warten, bis die Umwandlung vollständig durchgeführt sei. Bis jetzt habe man erst eine Oberrealschulklasse, die Ober-Secunda, und in dieser werde das entsprechend höhere Schulgeld erhoben. Der Staat unterscheide zwischen Anstalten mit neunjährigem Schulcursus und solchen mit weniger als neunjährigem Cursus. An ersteren betrage das Schulgeld 120, an letzteren 80 Mk. jährlich; zu diesen letzteren habe die Petrischule bisher gehört und ihre Klassen von Ober-Secunda abwärts gehörten noch heute dazu. — Der Referent sowohl wie Dr. Damus theilten weiter mit, daß an dem Realgymnasium zu St. Johann, dessen Schülerzahl eine Zeit lang schwächer

war, die Frequenz sich im vorigen Jahre wie auch jetzt zu Ostern wieder in befriedigender Weise gehoben habe. — Dr. Giese sprach ferner dem Magistrat seinen Dank aus, daß er in Folge der in den Vorjahren gegebenen Anregung bei den höheren Lehranstalten Beträge von 300 bis 500 Mk. zur Unterhaltung von Schülerbibliotheken eingestellt habe. — Stadtv. Boese wünschte, daß eine gleiche Vergünstigung auch den Mittelschulen zu Theil werde. Schulrath Dr. Damus stellte dies für die künftigen Etats in Aussicht. Man habe zunächst mit den höheren Lehranstalten den Anfang machen wollen.

Bei dem Etat der **Victoriaschule** wurde die Umwandlung einer vacant gewordenen Elementarlehrerstelle in eine Lehrerinnenstelle beantragt. Stadtv. Schmidt ist gegen diese Aenderung, weil er den seminaristisch gebildeten Mittelschullehrern solche Stelle nicht vorenthalten wissen will. Des Weiteren erwähnt Redner einen Fall, wo eine Lehrerin erkrankt war und der Unterricht deshalb Morgens und auch Mittags eine Zeit lang um eine Stunde verkürzt wurde. Die Eltern, die Schulgeld bezahlen, hätten doch wohl ein Recht darauf, daß ihre Kinder nicht zu kurz kämen. Es hätten doch Aushilfskräfte eingestellt werden können. — — Schulrath Dr. Damus: Als früher eine Elementarlehrerstelle an der Victoriaschule in gleicher Weise wieder besetzt werden sollte, habe die königl. Regierung die Bestallung verweigert, weil an solchen Schulen nur ordentliche Lehrer und Oberlehrer beschäftigt werden sollen. Die ordentlichen Lehrer rangiren aber im Gehalt im wesentlichen mit den akademisch gebildeten Oberlehrern der höheren Lehranstalten und solche Ausnahmen glaubte der Magistrat für einzelne Elementarlehrer nicht machen zu dürfen. Deshalb erfolge die Umwandlung. Der von Herrn Schmidt erwähnte Fall der Unterrichtsverkürzung sei ihm augenblicklich im Detail nicht bekannt. Wahrscheinlich handle es sich um einen vorübergehenden Erkrankungsfall, für den der Director die Einstellung einer Aushilfskraft nicht für erforderlich erachtet habe. Director und Lehrercollegium seien dafür verantwortlich, daß in jeder Klasse das vorgesteckte Lehrziel erreicht werde. Man dürfe ihnen wohl vertrauen, daß sie Aushilfe verlangt haben würden, wenn der Ausfall einiger Stunden das Unterrichtsziel zu beeinträchtigen gedroht hätte. Ein erfahrener gewissenhafter Director, wie derjenige der Victoriaschule, werde schon den Unterricht so einzurichten gewußt haben, daß der Ausfall von einigen Stunden ausgeglichen werde. — Stadtv. Schmidt kann nicht einsehen, weshalb, wenn es gesetzlich zulässig ist, Elementarlehrer an höhere Mädchenschulen anzustellen, dies nicht geschieht. Der jetzt vorliegende Fall sei schon der zweite, wo in kurzer Zeit an der Victoriaschule ein Lehrer durch eine Lehrerin ersetzt werden soll. Redner bemerkte dann noch, daß der Zustand des Ausfalls einiger Stunden wohl vier Wochen gedauert habe. Schwache Kinder würden darunter leiden, wenn auch vielleicht die befähigten mitkommen. Schulrath Dr. Damus führt aus, daß nach einer Bestimmung des Ministers bei den ordentlichen Lehrern kein Unterschied in der Gehaltsfrage gemacht werden soll. Wenn nun seminaristisch gebildete Lehrer angestellt werden, so stehen sie im Gehalt bedeutend besser als alle ihre übrigen Collegen. — Stadtv. Münsterberg: Es ist wohl das erste Mal, daß dem Magistrat daraus ein Vorwurf gemacht wird, daß er eine eigene Meinung hat und nach dieser handle. Sachlich stehe ich auf demselben Standpunkt wie der Magistrat. Für kleine Mädchen dürften, von der besonderen Qualification eines einzelnen ganz abgesehen, Lehrerinnen geeigneter sein als Lehrer; ist man doch vielfach der Ansicht, daß auch bei kleinen Knaben der erziehliche Einfluß der Frau wirksamer sei als der der Männer, weshalb wir ja auch für die unteren Klassen der Knabenschulen Lehrerinnen mit gutem Erfolge verwenden. — Stadtv. Schmidt fragt nochmals an, ob es denn so oft vorkommt, daß Stunden ausfallen müssen. Was die Behauptung, Frauen haben mehr erzieherischen Einfluß als Männer, angeht, so möchte er doch bezweifeln, daß darüber Einigkeit der Ansichten bestehe. In manchen Familien greift der Mann zum Stock, in manchen anderen die Frau. (Heiterkeit.) — Oberbürgermeister Delbrück: Es handle sich hier um eine principielle Angelegenheit von weitreichender Bedeutung. Man dürfe nicht Schritte thun, die man vielleicht bald wieder zurückgehen müsse. Seminaristisch gebildete Lehrer können doch hier nicht besser als an Knabenschulen besoldet werden. Das wäre aber nicht der einzige Grund, weshalb wir zu Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen übergehen wollen. Weibliche Lehrkräfte sind an Mädchenschulen zweckmäßiger als männliche, zudem sind auch Lehrer, die sich für den Unterricht an Mädchenschulen besonders eignen, schwer zu finden. Unter diesen Umständen haben wir keine Veranlassung, bei dem Alten zu bleiben. Was den Vorwurf des Hrn. Schmidt gegen den Schulrath anbelangt, so möchte ich doch bitten, für die Folge dem betreffenden Decernenten Mittheilung zu machen, wenn man etwas Derartiges vorbringen will. Beim Schulrath gehen täglich drei bis vier Krankmeldungen ein, wobei aber der betreffende Director erklärt, er komme mit den vorhandenen Lehrkräften aus, dann ist die Sache für uns erledigt. Vertreter anzustellen ist nicht immer angängig, da diese doch immer erst nach einigen Tagen eintreten können und sich dann erst über den Unterrichtsgang und die Schüler informiren müssen. Bis das geschehen, ist dann vielleicht längst die Erkrankung des ordentlichen Lehrers gehoben. Sehr groß ist also der Nutzen solcher Aushilfe nicht. — Stadtv. Böse hält die Unterscheidung zwischen seminaristisch und akademisch gebildeten Lehrern für nicht mehr zeitgemäß. Richtiger könnte man vielleicht von seminaristischer und studentischer Bildung reden. Auch in der Pädagogik komme es auf den Mann, nicht darauf an, ob er in Nazareth oder Jerusalem vorgebildet sei. Redner bedauert, daß tüchtige Lehrer hinausgeschoben werden sollen, weil sie keine akademische Bildung genossen. Nicht nur die Pädagogik, sondern auch mancher liberale Nichtpädagoge denke darüber anders.

Der Etat wurde nun mit einem Zusatz von 2610 Mk. — in Folge der in voriger Sitzung bei der Taubstummenschule beschlossenen Aenderung — laut Vorlage festgesetzt.

2. **Militärverwaltungs- (Servis-) Etat:** Ausgabe 4280, Einnahme (an Servisvergütung, Stallmiethe etc.) 1575 Mk. Der Entwurf wird ohne Debatte angenommen.

3. **Etat der Handelsanstalten:** Einnahme 50 736 Mk. (darunter Brückendurchlaßgelder 3340 Mk., Börsenmiethe 5640 Mk., vom Bleihofe 3500 Mk., Stromgelder 34 215 Mk.); Ausgabe (meistens in kleinen Posten) 7600 Mk. — Stadtv. Dr. Liévin wünscht hierbei, daß bei Glätte die Brückenpassage durch regelmäßigeres Bestreuen minder schwierig gemacht werde, worauf Oberbürgermeister Delbrück bemerkt, daß der Magistrat dauernd bemüht sei, für diesen Uebelstand Abhilfe zu schaffen. Im übrigen wurde auch dieser Etat ohne Debatte angenommen.

4. **Etat der allgemeinen Magistrats-Verwaltung:** Einnahme 82 600 Mk., meistens Rückeinnahmen aus anderen Verwaltungszweigen, Ausgabe 606 200 Mk., darunter Gehälter 401 372, Pensionen 89 794, Unterstützungen 17 964, Stellvertretungskosten 19 450, Tagegelder und Reisekosten 4240, Wittwen- und Waisenkassen-Beiträge 9109, sächliche Ausgaben für die Bureau-Verwaltung 55 788, Dispositionsfonds 4000 Mk. In Folge früherer Beschlüsse und inzwischen eingetretener Personalveränderungen wurden nach dem Antrage des Referenten, Stadtv. Giese, diesem Etat ca. 5000 Mk., vornehmlich Pensionen, zugesetzt, weitere Aenderungen weder beantragt noch beschlossen. Zu kurzen Debatten führten nur die Ansätze für das Volksbrausebad und die Rathsthurmuhr. Auf Anfrage der Stadtv. Dr. Liévin über das zweite Volksbrausebad theilte Oberbürgermeister Delbrück mit, daß es nach der Ansicht des Magistrats auf die Altstadt gehöre, hier aber bisher ein geeignetes Grundstück nicht zu ermitteln gewesen sei. Jetzt sei ein Project in der Ausarbeitung begriffen, auf dem von der Stadt angekauften Grundstück neben der Hakelwerkschule, das für Schulzwecke in absehbarer Zeit nur theilweise gebraucht werden würde, an der Straße das Volksbrausebad nebst einigen Wannenbädern und von diesen getrennt am Schulhofe ein Schülerbad und eine Turnhalle zu errichten. Das Project werde voraussichtlich im laufenden Etatsjahre der Versammlung unterbreitet werden. — Stadtv. Münsterberg wünscht, daß die Rathhausthurmuhr in intimere Uebereinstimmung mit den Zeitverhältnissen gebracht und die Differenzen der Zeiger auf den verschiedenen drei Zifferblättern möglichst ausgeglichen werden mögen. Ferner sei wohl die Errichtung einer Standuhr in dem neuen Stadttheile erwünscht. — Oberbürgermeister Delbrück entgegnet, daß die Rathsthurmuhr täglich zweimal regulirt werde. Die Ungenauigkeiten der Zeiger auf den verschiedenen Zifferblättern werde durch die Größe und Schwere der ca. 2 Meter langen Zeiger herbeigeführt. Wie sehr die Stärke und Richtung des Windes durch Druck und Gegendruck dabei mitwirke, zeige eben die Verschiedenheit des Standes an den Zifferblättern nach den verschiedenen Himmelsrichtungen. Für den neuen Stadttheil werde der Hauptbahnhof Abhilfe bringen, da sein hoher Thurm eine Uhr mit vier elektrisch erleuchteten Zifferblättern erhalten werde. Stadtv. Kawalki vermißt ebenfalls eine absolut sichere öffentliche Uhr, welche bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen dringendes Bedürfniß sei. Mit den Bahnhofsuhren habe man bisher wenig zuverlässige Erfahrungen gemacht. Der Magistrat möge erwägen, ob nicht in Danzig und Langfuhr elektrische Uhren herzurichten seien. Stadtv. Dr. Liévin hält die Einrichtung elektrischer Uhren mit astronomisch controlirtem Gange für schwierig und kostspielig. Stadtv. Hybbeneth bemerkt, daß das Werk der Rathsthurmuhr ein gutes und sehr solides sei. Die Unregelmäßigkeit werde nur durch die Größe der Zeiger und den Luftdruck auf dieselben herbeigeführt.

5. **Etat der Feuerwehr:** Einnahme 8100 Mk. (davon 7500 Mk. Beitrag der königlichen Eisenbahnverwaltung für die Feuerwache am Hafenbassin), Ausgabe 148 588 Mk., darunter Gehälter 103 521 Mk., Bekleidung 9130 Mk., Bespanne 8000 Mk. Die Gehälter sind gegen das Vorjahr um 6300 Mk. höher, theils in Folge Erhöhung des Soldes der Ober-Feuerwehrleute und Handwerker, theils in Folge Vermehrung des Personals um einen Ober-Feuerwehrmann und vier Feuerleute. — Bei diesem Etat, der unverändert zur Feststellung gelangt, wird von den Stadtv. Giese und Herzog die Anstellung eines zweiten Brandmeisters für den Fall von Krankheit oder sonstiger Behinderung eines der beiden Offiziere der Feuerwehr vorgeschlagen, welche auch vom Magistrat in Aussicht genommen wird.

6. **Etat der Straßenreinigung.** Einnahme 20 516 Mark (meistens Uebertragungen aus anderen Verwaltungszweigen), Ausgabe 128 847 Mk. Der Mehraufwand gegen das Vorjahr von ca. 13 500 Mk. vertheilt sich in der Hauptsache mit ca. 7000 Mk. auf Erhöhung der Löhnungen, 1830 Mk. auf Altersunterstützungen, 3400 Mk. auf Verbesserung der Straßenreinigung in den Vorstädten. — Nach kurzen Bemerkungen des Stadtv. Kawalki über wünschenswerthe Verbesserungen der Straßenreinigung in Langfuhr, welche Stadtrath Claaßen und Oberbürgermeister Delbrück als für die Zukunft auf dem Programm stehend bezeichnen, auf welche aber durch Vermehrung des Feuerwehrpersonals in Langfuhr auch innerhalb der jetzigen Einrichtungen schon hingewirkt werden soll, wird auch dieser Etat mit einem kleinen Zusatz genehmigt.

7. **Etat des Schlacht- und Viehhofes.** A. Einnahme: vom Schlachthof 303 500 Mk., vom Viehhof und der Schlachthofeisenbahn 89 600 Mk., zusammen 393 100 Mk. B. Ausgabe: für den Viehhof 56 800, für den Schlachthof 232 000, für die Schlachthofeisenbahn 32 800 Mk. Von diesen Ausgaben sind zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals 137 265 Mk., zum Reservefonds 39 400 Mk. eingestellt. — Stadtv. Illmann wünscht, daß die hohen Schlachtgebühren etwas herabgesetzt würden. Es wurde zuerst gesagt, es müßten erst drei Jahre abgewartet werden, um eine Durchschnittsnorm zu haben. Redner verliest dann statistisches Material, um zu beweisen, daß Danzig höhere Schlachtgebühren erhebe, wie verschiedene andere Städte, z. B. Thorn, Stolp, Bromberg, Magdeburg, Hamburg. Die Fleischer haben heute schwer zu kämpfen, und man sollte ihnen entgegenkommen, indem man die Gebühren herabsetze. — Oberbürgermeister Delbrück geht zunächst auf einige Ausführungen des Vorredners ein und sucht sie zu widerlegen. Im vorigen Jahre seien aus den Ueberschüssen des Schlachthofes allerdings 75 000 Mk. in den Etat eingestellt, dafür hat es aber in den ersten Jahren überhaupt keine Ueberschüsse gegeben. Ob die 75 000 Mk. übrig bleiben würden, stehe auch noch dahin. Auch jetzt dürfte die Entwicklung des Schlachthofes noch nicht abgeschlossen sein. Es komme aber noch ein anderer Grund hinzu, den Tarif jetzt noch nicht zu ändern, nämlich das dem Reichstage vorliegende Fleischbeschaugesetz. Man wisse nicht, in welcher Gestalt dasselbe zu Stande komme und welchen Einfluß auf die Einnahmen aus Untersuchungsgebühren es haben werde. Zunächst müßte man also doch die Verabschiedung dieses Gesetzes abwarten. Es wurde uns auch bei einer Umfrage geantwortet, daß unsere Gebühren nicht zu hoch gegriffen sind. An der Hand von Zahlen, die einen Vergleich der Viehhofpreise mit den Detailpreisen in den letzten Jahren darstellen, weist Redner nach, daß die Schlachtgebühren den Preis für Fleisch nicht in die Höhe getrieben haben. In Danzig werden ca. 16 Mill. Pfund Fleisch consumirt, da kommt auf ein Pfund Fleisch noch nicht ½ Pfennig von dem, was die Schlachtgebühr beträgt. Wenn bestimmt erwartete Momente eintreten, dann wird der Zeitpunkt zur Erwägung einer Herabsetzung der Gebühren gekommen sein. Vorläufig bittet Redner, sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben. — Stadtv. Marx ist der Ansicht, daß die Fleischer auch nicht die Schlachtgebühren tragen, sondern vielmehr die Fleischproducenten. Weiter besprach Redner den erheblich geringen Ansatz für Schweineschlachtungen (welcher durch den geringeren Auftrieb etc. erklärt wurde) und regte bei den statistischen Erörterungen, welche sich hieran knüpften, die Errichtung eines städtischen statistischen Bureaus an, welche auch vom Magistratstische aus als wünschenswerth bezeichnet wurde.

Oberbürgermeister Delbrück bemerkte, daß der Magistrat das Bedürfniß nach einem statistischen Bureau schon lange empfinde und nur aus Rücksicht auf die Kosten noch nicht deshalb an die Stadtverordneten herangetreten sei. Mit der Zeit werden wir darüber nicht hinweg kommen.

In der weiteren Discussion, die unter geringer Aufmerksamkeit der schon stark ermüdeten Versammlung stattfand, wurden die etwaige Erweiterung der Eisproduction ventilirt und einige Details der Schlachthof-Verwaltung besprochen. An derselben betheiligten sich Oberbürgermeister Delbrück, Stadtrath Hein und die Stadtverordneten Illmann, Marx, Herzog und Kawalki. Vom Oberbürgermeister wurde besonders die Eisversorgung der Vorstädte besprochen. Das Eis sei jetzt billiger geworden, die Fleischer haben aber bereits immer billigere Ausnahmepreise gehabt.

---

* **[Danziger Oelmühle.]** Gestern hat eine Sitzung des Aufsichtsrathes der Danziger Oelmühle stattgefunden, in welcher Herr Albert Petter anzeigte, daß er beabsichtige, von der Geschäftsleitung zurückzutreten und als persönlich haftender Gesellschafter auszuscheiden. Der Aufsichtsrath nahm hiervon Kenntniß und beschloß gemäß § 1 des Statuts, mit dem verbleibenden persönlich haftenden Gesellschafter, Herrn Consul Eugen Patzig, bis auf weiteres die Gesellschaft fortzusetzen. Das Ergebniß des laufenden Geschäftsjahres wird aus verschiedenen Ursachen, insbesondere wegen der ungünstigen Geschäftslage der beiden Hauptgeschäftszweige — Oelmühle und Mahlmühle — voraussichtlich ein recht ungünstiges werden. Die Nothwendigkeit, die Oelsaaten kurz nach der Ernte einzukaufen, während die Börsen-Gesetzgebung Verkäufe größerer Quantitäten von Oel auf längere Sichten unmöglich macht, die großen Lasten des in den Herbst- und Wintermonaten ungewöhnlich hohen Geldzinsfußes, die hohen Kohlenpreise und der dauernde Rückgang des Oelpreises bewirkten, daß die Oelmühle in diesem Jahre nicht nur ohne Nutzen arbeiten mußte, sondern in Folge der erheblichen Unkosten noch einen bedeutenden Verlust aufzuweisen hat. Für die Mahlmühle liegen die Verhältnisse ebenfalls ungünstig. Wegen mangelnder Zufuhren konnte erst im August mit dem Betriebe begonnen werden. In Rußland eingekaufte größere Quantitäten Getreide wurden nur nach monatelanger Verzögerung geliefert und ergaben auch in der Verarbeitung einen großen Verlust. Im ganzen dürfte sich der Verlust des Geschäftsjahres, soweit er sich gegenwärtig übersehen läßt — Abschreibungen nicht berücksichtigt — auf 250—300 000 Mk. stellen.

---

* **[Torpedoboote.]** Die für die chinesische Regierung von der Schichau'schen Werft in Elbing gebauten vier Torpedoboote, welche, wie wir mittheilten, in vergangener Woche von Pillau abdampften, sind nach einer Privatnachricht vorgestern früh in Rotterdam eingetroffen; sie nehmen dort Proviant und Kohlen ein und dampfen heute Abend zunächst nach Malta ab.

---

* **[Gemälde-Ausstellung.]** Die Gemälde-Ausstellung des hiesigen Kunstvereins im Franziskanerkloster steht nunmehr dicht vor ihrem Schluß. Sie ist nur noch morgen und übermorgen geöffnet, da sie am Sonntag, 16. April, definitiv geschlossen wird.

---

* **[Vortrag des Herrn Prof. Dr. Zander.]** Am 19. d. Mts. hält, wie bereits angekündigt, Herr Professor Dr. Zander aus Königsberg im Verein für Naturheilkunde einen Vortrag über die gesundheitsmäßige Ausbildung des Körpers für anstrengende Leibesübungen und Sport. Ueber die Wirksamkeit und die bisherigen Bestrebungen des Redners auf diesem Gebiet wird uns Folgendes mitgetheilt:

Er ist wiederholt in Wort und Schrift für einen gesundheitsgemäßen Betrieb der Leibesübungen eingetreten; er ist Mitglied der königl. Prüfungscommission für Turnlehrer, Schwimmlehrer, Fechtlehrer, Turnlehrerinnen und beim medizinischen Staatsexamen. Er hat bezügliche Vorträge in der „Sammlung pädagogischer Vorträge“, in der „Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge“ (herausgegeben von Virchow u. Wattebach), in der „Zeitschrift für Turnen und Jugendspiele“, im „Jahrbuch für Volks- und Jugendspiele“ herausgegeben. Er hat ferner in Königsberg eine Anzahl sehr beifällig aufgenommener Vorträge im „Bildungsverein“ und einen Cyklus von zehn Vorträgen im „Verein für fortbildende Vorträge“ gehalten und wird in diesem Jahre auf der Hauptversammlung des Central-Ausschusses zur „Förderung der Volks- und Jugendspiele“ den Hauptvortrag halten. Er gehört endlich dem „Comité zur Förderung des Schwimmens und Badens von Schulkindern“ an und ist nicht nur theoretisch thätig, sondern selbst z. B. ein eifriger Schwimmer, der auch im Winter täglich schwimmt.

---

* **[Verein ehemaliger Johannisschüler.]** In der gestrigen Generalversammlung wurden zu Unterstützungen an zeitige Schüler des Realgymnasiums zu St. Johann und Besucher von Hochschulen 775 Mk. bewilligt.

---

* **[Personalien bei der Eisenbahn.]** Versetzt: technischer Eisenbahnsecretär Dunkel von Lauban (Directionsbezirk Breslau) nach Danzig, technischer Betriebssecretär Pasdach von Konitz nach Danzig, die technischen Bureaudiätare Doblin von Danzig nach Konitz und Fregien von Danzig nach Lauban (Directionsbezirk Breslau), Güterexpedient Siemund von Dirschau nach Danzig, die Stationsassistenten Neumann von Danzig nach Marienburg und Siegmund von Marienburg nach Marienwerder.

---

* **[Festabend für Frauen und Jungfrauen.]** Wir erhalten nachstehende Zeilen mit dem Ersuchen um Veröffentlichung: Die Frauenfrage, welche eine wichtige Stellung in der socialen Bewegung unserer Tage einnimmt, wird mit immer steigendem Nachdrucke von kirchlicher Seite gepflegt. Um allen, welche in diese Arbeit einen Einblick zu gewinnen wünschen, hierzu Gelegenheit zu bieten, veranstaltet auf Anregung des Provinzialvereins für innere Mission der hiesige Jungfrauenverein von St. Barbara im Gemeindehause in der Todtengasse Sonntag, den 16. April, Nachmittags 6 Uhr, bei freiem Eintritte einen Festabend für christliche Frauen und Jungfrauen. Außer den Darbietungen des Jungfrauenvereins in Gesängen und Declamationen wird neben dem Leiter des Vereins, Herrn Prediger Hevelke, und dem Pastor am hiesigen Diakonissen-Mutterhause, Herrn Pfarrer Stengel, noch die Secretärin des Vorstände-Verbandes der evangelischen Jungfrauenvereine Deutschlands, Frl. Müller aus Berlin, einen Vortrag über die christliche Frauenbewegung der Versammlung darbieten. Um Gelegenheit zu mündlicher Aussprache über den erwähnten Gegenstand zu bieten, soll von 4—6 Uhr ein zwangloses Zusammensein in den Räumen des Gemeindehauses veranstaltet werden.

---

* **[Hufbeschlag-Lehrschmiede.]** In der westpreußischen Hufbeschlag-Lehrschmiede haben sämmtliche sechs Prüflinge, und zwar die Schmiede Hermann Pritzkoleit aus Pasewark (Danziger Niederung), Ferdinand Löwenicht aus Poppau (Danziger Niederung), Paul Luckau aus Keßlin (Kreis Allenstein), Herm. Splitter aus Kottisch (Kreis Pr. Stargard), Julius Mena aus Königshöhe (Kreis Lötzen), Joh. Schwabe aus Krissau (Kreis Carthaus) die Prüfung bestanden.

---

* **[Friedrich Wilhelm-Schützenbrüderschaft.]** In der gestern abgehaltenen Generalversammlung wurde nach Aufnahme dreier ordentlicher und dreier außerordentlicher Mitglieder der Rechnungslegung Decharge ertheilt und alsdann beschlossen, für das im August d. J. in Thorn stattfindende Provinzial-Schützenfest eine Ehrengabe zu bewilligen.

---

* **[Betriebskrankenkasse für den Bezirk der Eisenbahndirection Danzig.]** Der Vorstand der Betriebskrankenkasse für den Bezirk der Eisenbahndirection zu Danzig ist wie folgt zusammengesetzt: 1. Von der Eisenbahnverwaltung ernanntes Mitglied: Regierungsrath Menzel; ständiger Vertreter: Eisenbahn-Secretär Schummel. 2. a) Von den Arbeitervertretern gewählte Mitglieder: Oberputzer Krause in Danzig, Gepäckträger Sawallisch in Culm, die Vorarbeiter Bergin in Linde, Werner in Frankenhagen, Schulz in Subkau und Rottenführer Knitter in Konitz. 2. b) Von den Arbeitervertretern gewählte Ersatzmänner: Rottenführer Schielke in Marienwerder, Güterbodenvorarbeiter Warmbier in Danzig, die Rottenführer Litz in Neustadt und Pahlau in Danzig, Vorschlosser Wessolowski in Dirschau und Güterbodenvorarbeiter Winkler in Graudenz.

---

† **[Der Verein für Feuerbestattung]** hielt vorgestern im Gewerbehause eine Vereinsversammlung ab. Der Vorsitzende theilte mit, daß die Aemter im Vorstande in folgender Weise vertheilt wurden: Erster Vorsitzender Dr. Effler, zweiter Vorsitzender Baurath a. D. Ollmann, Schriftführer Dr. [illegible] und Kaufmann Nelte, Kassirer Frl. Brehmer und Frau Sommerfeld. Beisitzer sind die Herren Gepp, Hardtmann, Rehberg, Salomon, Dr. Semon und Wiesenberg. Die Zahl der Mitglieder des Vereins beträgt 280. Eine Commission hat die Agitation in der Provinz übernommen und hat namentlich in Dirschau sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Darauf verlas der Vorsitzende den stenographischen Bericht der Verhandlungen im Abgeordnetenhause über den Antrag Langerhans, die facultative Feuerbestattung auch in Preußen zuzulassen. Zum Schluß wurde beschlossen, dem Abgeordneten Dr. Langerhans den Dank des Danziger Vereins für seine trefflichen Ausführungen durch ein Schreiben des Vorsitzenden zu übermitteln.

-r. **[Preßprozeß.]** Vor dem hiesigen Schöffengericht stand gestern ein Prozeß wegen Beleidigung durch die Presse gegen den früheren Redacteur des lokalen Theils der „Danz. Neuesten Nachr.“, Herrn Eduard Pietzker an. Als Privatkläger trat der Beleidigte, Herr Pfarrer Zorawski-Jastrzambie, vertreten durch Herrn Rechtsanwalt Bielewicz, auf, während der Angeklagte durch Herrn Rechtsanwalt Behrendt vertreten war. Herr Pfarrer Zorawski fühlt sich beleidigt durch eine Bemerkung, zu der im Juli v. J. in der „Danziger Ztg.“ veröffentlichten Bekanntmachung des Amtsgerichts zu Strasburg in Westpreußen, die der Angeklagte aus der „Nationalztg.“ entnommen hatte. Die Bekanntmachung des königl. Amtsgerichts zu Strasburg beschäftigte sich, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, mit dem Verschwinden eines Kindes. Es handelte sich hier um Zwillinge, die beiden Schwestern Johanna und Amalie Daum, die von deutschen evangelischen Eltern geboren, nach deren Tode bei katholisch-polnischen Leuten in Pflege gegeben waren. Da hier, wie sich später herausstellte, mit den Kindern nur polnisch gesprochen wurde, wurden die Kinder ihren Pflegern entzogen und im Strasburger Kinder-Asyl untergebracht. Von hier verschwand dann Amalie Daum eines Tages und blieb verschollen, bis sie in einer Gerichtsverhandlung wieder zum Vorschein kam. Da das Mädchen dann auch an ihren früheren Religionslehrer, den evangelischen Pfarrer Hasse, einen Brief schrieb, worin sie ihren Uebertritt zum Katholizismus anzeigte, war in der Bekanntmachung eine Andeutung gemacht, welche den Anschein hatte, der Pfarrer Zorawski habe seine Hand bei dem Verschwinden des Mädchens im Spiele gehabt. An diese Bekanntmachung hatte die „National-Zeitung“ die Bemerkung geknüpft, Zorawski habe sich des „Menschenraubes“ schuldig gemacht behufs Hinüberziehung zum Katholicismus. Die Wiedergabe dieser Bemerkung war dann incriminirt worden. Der Vertreter des Privatklägers führte aus, daß der Angeklagte den Privatkläger eines Verbrechens geziehen habe, welches mit Zuchthausstrafe bedroht sei. Dies sei zweifellos eine schwere Beleidigung des Klägers. Der Gerichtshof erachtete eine Beleidigung ebenfalls für unzweifelhaft vorliegend, billigte dem Angeklagten aber die Vergünstigung des § 193 des Strafgesetzbuches zu (Wahrnehmung berechtigter Interessen) und erkannte mit Rücksicht hierauf auf 50 Mk. Geldstrafe, Publicationsbefugniß für den Beleidigten.

---

* **[Unfall-Schiedsgericht.]** In der unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Assessors v. Baumbach gestern abgehaltenen Sitzung des Schiedsgerichts für die Section 1 der **norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft** standen 12 Unfallstreitsachen zur Verhandlung. In einem Falle erklärte sich die Genossenschaft zur Gewährung einer höheren Rente bereit, in sechs Fällen erfolgte Klageabweisung und in fünf Fällen wurde Beweiserhebung beschlossen.

-r. **[Schöffengericht.]** Wegen Verbreitung einer verleumderischen Beleidigung einer jungen Dame wurde gestern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Kaufmann Ernst Schichtmeyer vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Das Gericht faßte die Sache sehr ernst auf und verurtheilte den Angeklagten zu 200 Mk. Geldstrafe event. 6 Wochen Gefängniß.

---

* **[Wochennachweis der Bevölkerungs-Vorgänge vom 2. April bis zum 8. April 1899.]** Lebendgeboren 35 männliche, 52 weibliche, insgesammt 87 Kinder. Todtgeboren 1 männlich, 2 weibliche, zusammen 3 Kinder. Gestorben (ausschließlich Todtgeborene) 24 männliche, 25 weibliche, insgesammt 49 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 12 ehelich, 1 außerehelich geboren. Todesursachen: Unterleibstyphus incl. gastrisches und Nervenfieber 1, acute Darmkrankheiten einschl. Brechdurchfall 3, darunter a) Brechdurchfall aller Altersklassen 2, b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 2, Lungenschwindsucht 5, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 11, alle übrigen Krankheiten 28. Gewaltsamer Tod: Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 1.

---

§ **[Verschwunden.]** Der Knabe Otto Schwarz, Sohn des Schuhmachers Gustav Schwarz hierselbst, wird seit Dienstag früh vermißt. Er wurde von den Eltern nach Emaus geschickt, um sich dort von der Schule abzumelden, was er auch gethan hat. Seitdem fehlt über den Verbleib des Knaben jede Spur. Alle Nachforschungen nach demselben sind bisher erfolglos geblieben.

---

* **[Feuer.]** Gestern Nachmittag war in dem Keller des Hauses Drehergasse Nr. 18 ein unbedeutender Balkenbrand entstanden, der durch die sofort hinzugerufene Feuerwehr sehr bald beseitigt wurde.

In dem Hause Ankerschmiedegasse Nr. 22 war gestern Abend ein unbedeutender Fußbodenbrand entstanden, der durch die Feuerwehr bald beseitigt wurde. Die Wehr hat somit am gestrigen Tage fünfmal ausrücken müssen; jedoch handelte es sich überall nur um ganz geringfügige Brände.

[Polizeibericht für den 13. April.] Verhaftet: 5 Personen, darunter 1 Person wegen Bedrohung, 1 Person wegen Körperverletzung, 1 Person wegen Trunkenheit, 3 Obdachlose. — Gefunden: 1 Eisenbahnmonatskarte auf den Namen Lotte Feyerabend, 1 Pfandschein, 1 kathol. Gebetbuch: „Wachet und betet“, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction; 1 Haarbürste, abzuholen aus dem Polizei-Revierbureau zu Langfuhr, 1 schwarz- und weißgefleckter Hund, abzuholen vom Maler Hrn. Urtnowski, Holzgasse 3, I. — Verloren: 1 kleiner Hohlschlüssel mit gelbem Schild am Doppelkettchen, 1 goldene Damenschlüsseluhr mit goldener Kette und Petschaft, 1 Herrenuhr, gez. Franz Niclas, 1 Packet, enthaltend 1 Hut, 1 Paar Herrengamaschen und zwei graue Shlipse, abzugeben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

[Polizeibericht für den 14. April.] Verhaftet: 5 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Sittlichkeitsverbrechens, 1 Person wegen Unfugs, 8 Obdachlose. — Gefunden: 1 Quittungskarte auf den Namen Heinrich Fietz im Geschäft von Herrn Grylewicz, Langgasse 51, zurückgeblieben; 1 Pince-nez, 1 Spirituslampe, 1 schwarzer Regenschirm, 1 Päckchen, enthaltend: Band, Nähseide und Nähnadeln, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction; 1 schwarzer Regenschirm, abzuholen aus dem Polizei-Revierbureau Goldschmiedegasse 7. — Verloren: 1 Portemonnaie mit 60 Mk. in Gold und Loos der St. Hedwigs-Krankenhaus-Lotterie Nr. 81788, 1 grünes Portemonnaie mit ca. 13 Mk., abzugeben im Fundbureau der kgl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

Tiegenhof, 13. April. Bei dem vorgestrigen [illegible] Gewitter in diesem Frühjahr sollen auf der F[illegible] Tiegenort der Besitzer D. und ein Arbeiter vom [illegible] **erschlagen** worden sein.

D. Jastrow, 13. April. Unsere Stadt, die seit ca. drei Jahren von größeren Bränden verschont geblieben ist, wurde heute auf bisher unerklärte Weise von einer **Feuersbrunst** heimgesucht. Um 2½ Uhr Nachts schlugen plötzlich aus dem zweistöckigen Stallgebäude des Schmiedemeisters Windeck helle Feuerflammen empor, legten dasselbe in wenigen Stunden in Asche und ergriffen, obwohl die Spritzen der Bürgerwehr und freiwilligen Feuerwehr bald zur Stelle waren, auch das benachbarte Stallgebäude des Maurermeisters Borth, das ebenfalls gänzlich niederbrannte. Der durch das Feuer entstandene Schaden ist ein bedeutender; dem W. mußten drei Kühe, welche Brandwunden erlitten hatten, getödtet werden, B. rettete zwar das lebende Inventar, verlor aber sämmtliche Heu-, Kalk- und Cementvorräthe.

Lötzen, 12. April. Als am Montag zwei hiesige Arbeiterfrauen sich in ihre Wohnung, die sie zusammen mit den Arbeiter Barran'schen Eheleuten bewohnen, begeben wollten, fanden sie die Stubenthür verschlossen. Da ihnen auf ihr wiederholtes Klopfen und Rufen nicht geöffnet wurde, so ließen sie die Thür durch einen Schlosser aufbrechen. Beim Betreten der Stube fanden die Frauen ihre Mitbewohnerin, die Arbeiterfrau Barran, auf dem Fußboden als Leiche daliegen. Das Gesicht und der Hals wiesen zahlreiche blaue Flecken auf. Währenddessen war der Ehemann Barran auf dem hiesigen Standesamte erschienen und hatte angezeigt, daß seine Ehefrau plötzlich an „Erstickung" gestorben sei. Die Leiche wurde sofort in Verwahrung genommen und die gerichtliche Untersuchung eingeleitet, da man einen **Gattenmord** vermuthet.

H. **Krone a. Br.**, 13. April. In Folge einer **Explosion** entstand heute Nachmittag, während der Jahrmarktsverkehr im besten Gange war, in dem Bagniewski'schen Geschäftslokale am **Markt Großfeuer**, durch welches das qu. Haus bis auf die Grundmauern zerstört wurde. Durch das Fortwerfen eines brennenden Zündhölzchens war ein Stück Papier in Brand gerathen, wodurch ein Faß Petroleum Feuer fing. Ehe dies bemerkt werden konnte, explodirte das Petroleum und in demselben Augenblicke stand der mit Käufern dicht gefüllte Laden in Flammen. Was nun folgte, läßt sich nicht gut beschreiben. Die Leute stürmten aus dem Hause, sprangen aus den Fenstern etc., glücklicherweise, ohne daß irgend jemand ernstlichen Schaden gelitten hätte. An eine Rettung des Lagers war nicht zu denken, hier ist alles verbrannt, selbst die Geschäftskasse wurde ein Raub der Flammen. Ebenso ging der größte Theil des Mobiliars verloren. Es gelang, die Nachbarhäuser, die anfänglich gefährdet erschienen, zu schützen und die im Hofe lagernden Waarenvorräthe zu retten. Herr Kaufmann B. wurde durch Stichflammen verletzt.

Vermischtes.

Potsdam, 14. April. Eine gestern abgehaltene **Gerichtsverhandlung** macht großes Aufsehen. Angeklagt war die katholische Ordensschwester Carola aus dem hiesigen katholischen Josefs-Waisenhause und ein Wärter wegen gemeinsam vorgenommener körperlicher **Mißhandlung eines zehnjährigen Waisenknaben**. Der Wärter hatte den Knaben mit einem 7 Millimeter starken Rohrstock auf Rücken und Gesäß geschlagen. Als etwa 20 Schläge gefallen waren, hörte der Wärter auf, die Schwester rief ihm aber zu: „Weiter, weiter, er hat noch nicht genug." So wurden gegen 50 Schläge ausgetheilt. Der Arzt, der nachher zur Behandlung des Knaben hinzugezogen wurde, constatirte zahlreiche mit Blut unterlaufene Stellen und mit Schorf bedeckte Wunden. Trotzdem erfolgte Freisprechung der beiden Angeklagten, weil der als Sachverständiger vernommene Professor Bergmann in Berlin erklärte, daß nur eine Züchtigung vorliege.

Oppeln, 12. April. Der russische Güterzug Nr. 124 von Sosnowice nach Warschau wurde am 11. April im Walde zwischen Rokicini und Koluszki von einer **Räuberbande überfallen**. Das Zugpersonal schlug zwar die Räuber in die Flucht, doch konnten diese einen Theil der erbeuteten Waaren mit sich schleppen. Auf dieser Strecke sind wiederholt in letzter Zeit Güterzüge von Räubern angefallen worden.

Standesamt vom 14. April.

Geburten: Schuhmacher August Görski, T. — Heizer Rudolf Ulrich, T. — Böttchergeselle Max Kaffke, T. — Schlosser Karl Guttzeit, S. — Fleischergeselle Franz Szczepanski, S. — Arbeiter August Strey, S. — Schlossergeselle Rudolf Kellner, T. — Bäckergeselle August Jacksties, S. — Seefahrer Johann Klebowski, S. — Zimmergeselle Friedrich Adloff, T. — Schmiedegeselle Franz Buczkowski, T. — Unehel.: 3 S.

Aufgebote: Maschinist Friedrich Carl Thalmann und Rosalie Agnes Schwidowski, geb. Fenz, beide hier. — Kaufmann Max Perlmutter hier und Ulrike Stein zu zu Krampe. — Schlosser Karl Emil Rudolf Thürling und Elisabeth Weinberger zu Gradow a. O. — Arbeiter August Johann Ziepert und Antonie Clara Holstein, beide hier.

Heirathen: Sergeant und Bataillons-Schreiber im Infanterie-Regiment Nr. 176 Gustav Götzmann und Margarethe Baumann. — Werkführer Herrmann Boehme und Johanna Söllner, geb. Urban. — Schlossergeselle Ernst Lutofski und Ella Warm. — Schlossergeselle Paul Rappel und Auguste Paninski. — Tischlergeselle Gustav Kraft und Margarethe Ketelhaut. — Tischlergeselle Eduard Gathmann und Therese Meyer, Sämmtlich hier. — Tischlergeselle Andreas Bönig zu Heiligenbrunn und Hedwig Wermter hier.

Todesfälle: Wittwe Henriette Harder, geb. Rehwald, fast 77 J. — T. d. Arbeiters Eduard Schulz, 7 M. — Frau Pauline Matadinski, geb. Choff, 78 J. — S. d. Maschinenschlossers Carl Timm, 3 W. — Frau Renate Florentine Träber, geb. Burd, 36 J. — Arb. Georg Krieschen, 36 J. — T. d. Arbeiters Emil Gebert, 9 M.

Danziger Börse vom 14. April.

Weizen lebhaft gefragt. Preise 2 M höher. Bezahlt wurde für inländischen bunt 756 Gr. 157 M, hellbunt leicht bezogen 759 Gr. 154 M, hellbunt 756 Gr. 158 M, hochbunt leicht bezogen 766 Gr. 159 M, hochbunt 732 Gr. 159 M, weiß 772 Gr. 162 M, fein weiß 766 Gr. 163 M, roth 753 Gr. 158 M per Tonne.

Roggen steigend, 2 M höher. Bezahlt ist inländischer 702, 705, 708, 714, 723, 726 und 750 Gr. 137 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** inländische große Chevalier- 674 Gr. 135 M per Tonne gehandelt. — **Hafer** inländischer weiß 130 M per Tonne bez. — **Erbsen** poln. zum Transit weiße mittel 112 M per To. gehandelt. — **Lupinen** polnische zum Transit gelbe 65 M, blaue etwas schimmelig 38 M per To. bez. — **Kleesaaten** roth 49 M, Wundklee 45 M per 50 Kgr. gehand. — **Weizenkleie** grobe 4,17½, 4,20 M, mittel 4,00 M, feine 4,10 M per 50 Kilogr. bez. — **Roggenkleie** besetzt 4,57½ M per 50 Kgr. geh. — **Spiritus** unverändert. Contingentirter loco 58,50 M Br., nicht contingentirter loco 38,75 M Br.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 13. April. Wind: SW.

Gesegelt: Emily Rickert (SD.), Gerowski, Gent, Holz. — Dora (SD.), Bremer, Lübeck via Memel, Güter.

Den 14. April.

Gesegelt: Georgia (SD.), Swan, London, Holz.

Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung.

Zwecks Förderung des Jahresrechnungsabschlusses pro 1. April 1898/99 ersuchen wir die für die **städtische Bauverwaltung thätigen Unternehmer**, Lieferanten und Handwerker, welche für **beendete Arbeiten und Lieferungen** noch Forderungen haben, ihre Rechnungen **bis zum 24. d. Mts. einzureichen** und die demnächst angewiesenen **Beträge bis spätestens den 6. Mai** d. J. abzuheben.

Danzig, den 12. April 1899. (4763

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die **Gewerbesteuerrolle** des Stadtbezirks Danzig pro 1. April 1899/1900, umfassend die Klassen I, II, III und IV, wird in Gemäßheit der ergangenen Bestimmungen **eine Woche, beginnend am 22. April cr.** in unserm Steuer-Bureau, Hundegasse Nr. 10 I, Zimmer 3, öffentlich ausliegen, was mit dem Bemerken hierdurch bekannt gemacht wird, daß nur den **Steuerpflichtigen** des Veranlagungsbezirks die Einsicht in die Rolle gestattet ist.

Danzig, den 8. April 1899. (4745

Der Magistrat.
Delbrück.

Bekanntmachung.

Die auf den städtischen Grundstücken **Allmodengasse 11** und **Schleusengasse 3** der Servisanlage stehenden Baulichkeiten, bestehend aus zwei Wohn- und vier Stall-Gebäuden, werden in einem

am 15. April cr., Vormittags 10 Uhr,

im Bau-Bureau des Rathhauses anstehenden Termine öffentlich **zum Abbruch** verkauft.

Die Verkaufsbedingungen liegen in dem bezeichneten Bureau während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Die Besichtigung der zum Abbruch gestellten Baulichkeiten ist nach vorgängiger Meldung bei dem Schuldiener Rathke, Schleusengasse 4, in den wochentägigen Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr gestattet.

Jeder Bieter hat vor Abgabe seines Gebots bei dem den Termin abhaltenden Beamten eine Caution von 150 M zu hinterlegen.

Bemerkt wird noch, daß auch die Fundamente der in Rede stehenden Baulichkeiten ausgehoben und beseitigt werden müssen.

Danzig, den 8. April 1899 (4569

Der Magistrat.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Arbeiter **Hermann Emil Witt** aus Herzberg, am 27. Oktober 1876 in Danzig geboren, evangelisch, welcher flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern und zu den Acten VJ. 1184/98 Nachricht zu geben.

Beschreibung. Alter: 23 Jahre, Statur: gewöhnlich, Größe: 1,70 m, Haare: blond (dunkel), Stirn: gewöhnlich, Augenbrauen: dunkel, Nase: gewöhnlich, Zähne: gewöhnlich, Gesicht: gewöhnlich, Sprache: deutsch, Bart: wenig Schnurbart, Mund: gewöhnlich, Kinn: gewöhnlich: Gesichtsfarbe: gewöhnlich.

Danzig, den 12. April 1899. (4782

Der Erste Staatsanwalt.

Auction.

Hier, Neugarten Nr. 1,
(Freundschaftlicher Garten.)

Sonnabend, d. 15. April cr., Vormittags von 10½ Uhr ab,

werde ich am angegebenen Orte, wie bereits früher bekannt gemacht, die **noch vorhandenen Bestände des reichhaltigen, gut sortirten Weinlagers,**

1 größere Parthie Roth-, Rhein- und Moselweine, Rum, Cognac, Arac, Liqueure, Schaumweine, 2 Oxhoft Cognac rc., 1 neues Eisspind und eine Parthie diverse Cigarren, sowie Geschirr, Porzellan, Gläser pp., 5 Fach Jalousien, (System Steudel),

sowie **div. andere Gegenstände** freihändig gegen Baarzahlung versteigern. Gämmtliche obengenannte Gegenstände rühren lediglich aus dem Geschäft des bisherigen Inhabers her.

Stegemann, Gerichtsvollzieher,
(4764) Danzig, IV. Damm 11, I.

Auction Heumarkt 4, „Hotel zum Stern".

Sonnabend, den 15. April cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich am angegebenen Orte im Wege der Zwangsvollstreckung ein dort hingeschafftes (4713

Pianino

und ferner im Auftrage ein starkes, gebrauchtes

Fahrrad

öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigern. Die Besichtigung des Pianinos ist von Freitag Vormittag ab, gestattet.

Janisch, Gerichtsvollzieher, Breitgasse 133, 1. Etg.